

Heidelberg

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

„Unsere Disziplin muss helfen, die Gegenwartsfixierung zu durchbrechen!“

30. Mai 2008

www.kas.de

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Dieter Nohlen und Arno Mohr haben sich erfreulicherweise der Aufgabe unterzogen, zu „50 Jahre Institut für Politische Wissenschaft“ eine Festschrift vorzubereiten. Da ich zu den Privilegierten gehöre, die den Text vorab zu Gesicht bekommen haben und da ich ungefähr erahne, was Klaus von Beyme nach mir vortragen wird, muss ich wohl darauf verzichten, die Entstehung der Politischen Wissenschaft und die Entwicklung des Instituts für Politische Wissenschaft in Heidelberg aus meiner Sicht nachzuzeichnen.

Nur aufs Danken möchte ich nicht verzichten. Auf den Dank, heute hier in der Alten Aula meiner Universität zu Ihnen sprechen zu dürfen. Es ehrt mich und erfüllt mich mit Freude. Und dankbar erinnern möchte ich natürlich und in erster Linie an Dolf Sternberger, der mich wie kein anderer akademischer Lehrer geprägt hat und dessen Grundüberzeugungen mich bis heute begleiten. Aber auch an Carl Joachim Friedrich, dem ich mit Bewunderung, aber stets auch mit ein wenig ehrerbietiger Distanz begegnet bin. Dank an Alexander Rüstow (1950 zum Nachfolger Webers auf seinem Lehrstuhl für Nationalökonomie und Soziologie berufen) und vor ihm an Alfred Weber, an Werner Conze, Karl Löwith, Hans Georg Gadamer und an Erich Preiser. Auch der eigenwillige Balte Hans von Eckhard sei nicht vergessen.

Vor Reinhart Koselleck und etwas später vor Klaus von Beyme habe ich wegen ihres großen Wissens Respekt empfunden. Vielleicht wäre von Beyme auch ein guter Ministerpräsident geworden, dann wohl auf dem Ticket der SPD. Zu einem konkurrenzfähigen

Professor zu ihm hätte ich es mit Sicherheit nicht gebracht.

Erlauben Sie, dass ich auch an meinen damaligen Assistentenkollegen Rolf Richard Grauhan erinnere, dessen früher selbst gewählter Tod mich bis heute betroffen macht. Dankend erinnern möchte ich auch an meinen Freund und Nachfolger als Assistent Sternbergers, Peter Haungs, der allzu früh von uns gegangen ist.

Anlass zu danken habe ich aber auch einer Reihe von Mitgliedern meiner eigenen ersten Proseminare: Horst Jaeckel, Adolf Leisen, Gerhard Weigand? Und vor allem Peter Haungs, mit dem ich den Wahlkampf von 1961 beobachtet und eine recht umfängliche Studie vorgelegt habe: „Wahlkampf und Wählertradition“. Ein mehrsemestriges Seminar zu Fragen des europäischen Wahlrechts folgte. Die Forschungsgruppe „Wahl der Parlamente“ entstand.

Hier ist vor allem Dieter Nohlen zu nennen. Dieter Nohlen, nicht in erster Linie, weil er eine Weile für die Konrad-Adenauer-Stiftung – vom November 1969 bis Dezember 1971 – in Chile tätig gewesen ist und dort wohl seine Liebe zu Lateinamerika entdeckt hat, nein weil er – im Gegensatz zu mir – meinem, unserem Thema, ein akademisches Leben lang treu geblieben ist: Wahlen und Wahlsysteme! Es begann mit Sternbergers „Deutscher Wählergesellschaft“, mit Karl Braunias, der schon 1932 ein Handbuch über die Bildung der gesetzgebenden Körperschaften in Europa vorgelegt hatte, zu dem ich mit Gerhard Weigand nach Wien fuhr, und mit dem Entschluss zurückkehrte, dessen Werk fortzuführen. Und es führte zu einem Handbuch der Parlamentswahlen. Der erste Band erschien 1969. Neben Nohlen

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Heidelberg

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

30. Mai 2008

www.kas.de

haben sich vor allem Klaus Landfried, Franz Nuscheler, Rainer-Olaf Schultze und Klaus Ziemer verdient gemacht.

Unser hochgestecktes Ziel war es, für alle Länder der Welt das Vordringen der Wahl als Mittel der Bestellung von Repräsentativorganen darzustellen. Eine beachtliche Aufgabe, die Dieter Nohlen, nicht ich, jahrzehntelang erfolgreich weiter verfolgte und der dann – in seiner fast 50jährigen Zugehörigkeit zum Institut – zum Großmeister der Handbücher und Lexika unserer Disziplin wurde.

Nicht ohne Folgen blieb ein Seminar, das ich im Sommer 1966 zum Regierungssystem Israels anbot und das am Ende zu einer ersten Studienreise nach Israel führte, an der natürlich Dieter Nohlen, aber auch Klaus von Beyme teilnahmen. Sie blieb nicht ohne Folgen, für das Institut, aber auch für mich selbst. Unzählige Male habe ich seitdem Israel besucht und später dazu beigetragen, dass sehr frühzeitig eine Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem errichtet wurde und dort u.a. das Konrad-Adenauer-Kongresszentrum entstand.

Ich danke schließlich dafür, dass ich hier in Heidelberg an diesem Institut studieren und promovieren konnte, dass ich Alfred Webers letzter und Dolf Sternbergers erster Assistent sein durfte (1958 bis 1962), dass ich diesem Institut über mehr als 10 Jahre eng verbunden sein durfte und mich ihm bis heute eng verbunden fühle.

Das Institut hat mich geprägt, hat mir Qualifizierungswissen vermittelt, mir gutes Rüstzeug mitgegeben, mir zur Eigenständigkeit gegenüber Politik und gegenüber dem Zeitgeist verholfen und es mir ermöglicht, 40 Jahre einer beruflichen Spezies anzugehören, die von der deutschen Öffentlichkeit immer noch mit wachsender Skepsis betrachtet wird und heute dennoch zu sagen, es hat sich gelohnt, ein Leben der Politik zu widmen.

Wohl im Wintersemester 1967/68 habe ich mein letztes Seminar abgehalten – noch störungsfrei. Die Studentenrevolte habe ich nicht mehr an der Universität Heidelberg

erlebt. Vierzehn Tage vor dem Tod Benno Ohnesorgs, im Mai 1967, wurde ich Kultusminister von Rheinland-Pfalz. Es gab viel zu tun. Unzählige stürmische Versammlungen an nahezu allen deutschen Universitäten folgten.

Ich wollte den revolutionären Kadern nicht das Feld überlassen, ich wollte wenigstens den Versuch unternehmen, mit den Studenten ins Gespräch zu kommen. Ich gewöhnte mich daran, nahezu allabendlich mit Eiern und Tomaten beworfen zu werden.

Heute, vierzig Jahre später, hat sich der Qualm der Schlacht weitgehend verzogen. Noch immer steht die Hochschulreform auf der Tagesordnung, noch immer fehlt es an Geld, aber die Art und Weise, wie die Diskussion geführt wird, ist völlig anders geworden. Die meisten 68er sind – oft nach einem langen, gutbürgerlichen Berufsleben – pensioniert und haben ihren Frieden mit unserem Staat gemacht. Aber die 68er haben uns alle geprägt. Sie gehören mit zu unserer Biographie – gleich auf welcher Seite wir standen. Vieles von dem, was im Rückblick als Verdienst der 68er erscheint, ist in Wahrheit das Ergebnis der Kritik an ihnen.

Bis heute versuche ich, die Entwicklung unseres Faches ein wenig mit zu verfolgen. Wirklich mitreden kann ich nicht mehr. Im Jahr meiner Promotion gab es in Deutschland 24 Professuren der Politischen Wissenschaft, davon zehn allein an der FU in Berlin. Im Jahre 2000 waren es 258. Im Wintersemester 1960/61 studierten 18 Studentinnen und Studenten in Heidelberg Politik im Hauptfach. Heute, im Sommersemester 2006 sind es 1369.

Dass die alte philosophische Fakultät, der Sternberger so eng verbunden war, nicht mehr existiert, schmerzt mich, auch wenn ihre Auflösung im Zuge der neuen Hochschulgesetzgebung wohl unvermeidlich war. Die auf Max und Alfred Weber zurückgehende Konzeption einer engen Verbindung von historischer Soziologie, Politikwissenschaft und Volkswirtschaft war wissenschaftlich besonders fruchtbar. Die Zuordnung der Politischen Wissenschaft zu einer philoso-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Heidelberg

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

30. Mai 2008

www.kas.de

phisch-historischen Fakultät, und das heißt eng verbunden mit Geschichte und Philosophie, erschien mir als die zweitbeste Lösung. Die jetzige Zuordnung zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften allerdings scheint mir dem Fach nicht gerecht zu werden, weil mir die Geschichte und Philosophie fehlen.

Als ich mich nach meinem Abitur – gegen den Wunsch meiner Eltern und gegen die Familientradition – entschloss, nicht Juristerei zu studieren, sondern von München nach Heidelberg zu gehen, weil hier der greise, damals 85-jährige Alfred Weber noch lebte, und mich auf das Wagnis einzulassen, Soziologie zu studieren, war es das Neue, das Unbekannte, das mich reizte. Es hat einige Semester gebraucht, bis ich begriff, worauf ich mich eingelassen hatte. Ich musste zu Hause versprechen, neben diesem für brotlos gehaltenen Fach wenigstens auch Volkswirtschaft zu belegen, um später einen „anständigen“ Beruf ergreifen zu können. Erst als ich mit der Doktorurkunde im Hauptfach Politik zurückkam, hat mir mein Vater das Volkswirtschaftsdiplom erlassen. Von Bachelor und Master sprach damals noch niemand.

Das Mittwochs-Seminar von Alfred Weber habe ich noch erreicht und dort über den Begriff der Lebensaggregation und später über die Bantu-Philosophie referiert. Ich träumte von einer Habilitation. Dazu ist es nie gekommen. Es kam ganz anders. Ein richtiger Professor bin ich deshalb nie geworden. Zu dem mich ehrenden Titel kam ich auf Vorschlag unserer heutigen Fakultät.

Ich habe mich auf das Gründen von Universitäten verlegt. Trier, Kaiserslautern, Erfurt. Klaus Landfried, mein letzter Nachfolger als Sternbergers Assistent, wurde Professor und für viele Jahre zum erfolgreichen Präsidenten der Universität Kaiserslautern und später Präsident der Deutschen Rektorenkonferenz. In Trier fand mancher Heidelberger Politikwissenschaftler eine neue Heimat: Arndt Morkel, später ein ungewöhnlich erfolgreicher Präsident, Peter Haungs, Erwin Faul, – auf dem Umweg über Bochum –, Klaus Ziemer, in späteren Jahren schließlich Peter Molt, der dort bis heute lehrt, fanden

sich aus Heidelberg dort ein. Und beim 4. Hochschulranking des Centrums für Hochschulentwicklung, das „Die Zeit“ dieser Tage veröffentlicht hat, schneidet die Politikwissenschaft in Erfurt, der letzten Neugründung, besonders gut ab.

Sternberger und Friedrich – übrigens auch Wilhelm Hahn, der mir als Rektor die Urkunde zum Assistenten aushändigte – rieten mir davon ab, einer politischen Partei beizutreten. Wer Politik als Wissenschaft betreiben wolle, müsse auf Distanz bleiben. Ein junger Kfz-Mechaniker hat mich überredet, für den Heidelberger Stadtrat zu kandidieren. Eine Gruppe junger Betriebsräte hat mich gebeten, in einem pfälzischen Wahlkreis für den Bundestag zu kandidieren. Ich sagte zu und meinte – reichlich blauäugig, wie ich heute weiß –, nach vier Jahren praktischer Politikerfahrung könnte ich ja zur Wissenschaft zurückkehren. Die Absicht, Politiker zu werden, hatte ich nie. Hätte mir während meines Studiums jemand meinen späteren Berufs- und Lebensweg vorhergesagt, er hätte mir mein ganzes Studium „versaut“.

Viele, die in den letzten 50 Jahren hier in Heidelberg Politik studiert haben, haben Grund, dem Institut und seinen Lehrern zu danken. Es mag keine Heidelberger Schule der Politik geben – nichts lag dem Selbstverständnis Rüstows, Friedrichs, Sternbergers ferner, als sich als Teil einer „Schule“ zu definieren. Schon bei seinem 80. Geburtstag – 1948 – sprach Alfred Weber von den Heidelberger Sozialwissenschaften als einem „Garten von Früchte tragenden Bäumen“.

Das Heidelberger Institut für Politische Wissenschaft steht in dieser Tradition. Es gibt wohl kein vergleichbares Institut, aus dem so viele erfolgreiche Karrieren hervorgegangen sind: als Professoren an vielen deutschen Hochschulen, als Herausgeber und Chefredakteure bedeutender Tageszeitungen, in deutschen Rundfunkanstalten, in der Gewerkschaftsbewegung, in der Wirtschaft.

Zu welchem Ende studiert man Politische Wissenschaft? Wer die Untersuchungen zur Arbeitswelt in die Hand nimmt weiß: Statis-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Heidelberg

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

30. Mai 2008

www.kas.de

tisch fällt Politik als Beruf für Absolventen der Politischen Wissenschaft nicht ins Gewicht. Politiker werden nur wenige. Nur 40 der 614 Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben ein politikwissenschaftliches Studium aufzuweisen. Klaus Schütz, 10 Jahre Regierender Bürgermeister von Berlin, Gerhard Stoltenberg, Helmut Kohl, Hans Maier und ich gehören zu den relativ seltenen Ausnahmen. Politische Wissenschaft kann dazu führen, „Politik als Beruf“ zu betreiben, zwingend, gar *conditio sine qua non* ist es nicht.

Warum also sollte man Politik studieren, wer sollte Politik studieren? Warum haben wir Politik studiert? Warum soll man Abiturientinnen und Abiturienten heute raten, Politik zu studieren? Gar hier in Heidelberg. Welche Wünsche sollte man dem Institut für die nächsten Jahrzehnte mitgeben?

Am 26. Mai 1789, nur Wochen vor der Erstürmung der Pariser Bastille, hält der 29-jährige Friedrich Schiller an der Universität Jena den ersten Teil seiner Antrittsvorlesung. Angekündigt ist eine „Einleitung über Universalgeschichte“. Aber auf Geschichte geht Schiller am ersten Tag überhaupt nicht ein. Er trifft die Unterscheidung von „Brotgelehrten“ – denen, denen es allein um den Erwerb von Berufsbefähigungen und den Gebrauchswert des Gelernten geht – und dem „philosophischen Kopf“ – eigenständig und unabhängig, der nach der Wahrheit forscht und die Möglichkeiten der Zukunft erkundet.

An der Frage des Broterwerbs kommt niemand vorbei – weder zu Schillers, noch zu unseren Zeiten. Aus Sicht des Lehrenden, wie der Studierenden, wäre es gleichermaßen unverantwortlich, sich nicht in aller Nüchternheit Klarheit darüber zu verschaffen, inwieweit ein Studium eine Berufstätigkeit ermöglicht. Das gilt für alle Disziplinen, natürlich auch für die Politische Wissenschaft.

Politik sollte man um des Gegenstandes unserer Wissenschaft Willen studieren. Mit Leidenschaft und großer Gründlichkeit. Zum Broterwerb sollte man sie studieren, natürlich aber immer auch als „philosophischer

Kopf“. Als Fragender und mit dem Wunsch, die Grenzen seines Fachgebietes zu überschreiten.

Und was ist ihr Gegenstand? – Ich bleibe bei Sternbergers Definition: „Der Gegenstand und das Ziel der Politik ist der Friede.“ „Friede herzustellen, Frieden zu bewahren, zu gewährleisten, zu stärken und freilich auch zu verteidigen, ist Politik.“ Er beruht auf Vereinbarung, nicht auf Herrschaft.

„Wo öffnet sich dem Frieden, Wo der Freiheit sich ein Zufluchtsort?“, so Friedrich Schiller (in seinem Gedicht „Der Antritt des neuen Jahrhunderts“). Diese dauerhafte Friedensordnung – eine auf Vernunft, Gesetz und Vertrag beruhende freiheitliche Ordnung – hat sich in Deutschland erst nach der schrecklichen Verirrung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verwirklichen lassen.

Nach dem 2. Weltkrieg hatten Historiker und Rechts- und Staatswissenschaftler die größte Mühe, die Gründe aufzuarbeiten, die 1933 in die Katastrophe geführt hatten. Eine „neue“ Wissenschaft wurde gebraucht. 1946 erhebt Sternberger als erster die Forderung nach der Wiedereinführung des Faches Politische Wissenschaft an deutschen Hochschulen.

Die aus dem Krieg zurückgekehrte studierende Jugend begriff nur schrittweise das ganze Ausmaß des nationalsozialistischen Verbrechens, und im Osten Europas begann der Siegeszug der kommunistischen Ideologie. Wie sollte das theoretische Rüstzeug vermittelt werden, um die kommenden „Geisteskämpfe“ (Hermann Lübbe) zu bestehen?

Dem apolitischen Denken, vor allem in bürgerlichen Kreisen, ihrer despektierlichen Ferne zur Politik und anti-westliche Demokratiefremdheit, dem politischen Defätismus war entgegenzuwirken. Die entstehende Bundesrepublik Deutschland sollte stabilisiert werden und ihr das Schicksal der Weimarer Republik erspart bleiben. Der politischen Bildung wurde deshalb eine besonders große Bedeutung zugemessen. Hans-Peter Schwarz hat – den Gründungsimpuls

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Heidelberg

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

30. Mai 2008

www.kas.de

der Politischen Wissenschaft auf den Punkt bringend – sie als „Demokratiewissenschaft“ bezeichnet.

Die „freiheitliche Daseinsordnung“, sei es „wert“, so Arnold Bergstraesser, dass ihr „in der „wissenschaftlichen ... Tagesarbeit“ gedient werde. Politikwissenschaft sollte nicht nur eine theoretische, sondern eine „praktische Disziplin“ sein. Schon in der Frühgeschichte des Faches in der Bundesrepublik übernahmen namhafte Vertreter zunehmend politikberatende Aufgaben.

Ideologielieferanten am Hofe der Macht sind die Gründerväter der Politischen Wissenschaft deshalb nicht geworden. Die Problematik von „Engagement und Distanzierung“ (Norbert Elias) war ihnen nur allzu sehr bewusst und wurde zum Gegenstand zahlloser grundsätzlicher Debatten. Wäre es nicht zu wünschen, sie würden angesichts wohlfeiler professoraler Talkshow-Teilnehmer gelegentlich auch heute geführt? Die Gefahr der Instrumentalisierung von Sachverstand ist nicht geringer geworden. Die Gefahr der Trivialisierung ist hinzu gekommen.

Über eines jedoch bestand Einigkeit: Man hatte erlebt, wie im Nationalsozialismus besonders die historischen, soziologischen und staatswissenschaftlichen Disziplinen in den festen Zugriff der Ideologie geraten waren, so dass nichts wichtiger war als die Wissenschaftlichkeit des Faches zu pflegen, dass man sehr wohl zu wertebewussten, zugleich aber zu unabhängigen und sachkundigen Urteilen kommen musste.

Die schwierige, gegen heftige Kritik durchgestandene Gründungsphase unseres Faches – viele hielten sie, wie Alexander Rüstow, der erster Vorsitzende der deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft kritisierte, für „1. neomodisch, 2. undeutsch und 3. überflüssig“ – habe ich intensiv miterlebt.

Heute ist die Bundesrepublik Deutschland bei allen aktuellen Problemen kein „Staat in gefährdeter Situation“ (Arnold Bergstraesser) mehr. Die junge Generation in Deutschland verspürt die Last des Politischen nicht so existentiell, wie wir sie als

ältere Generationen erfahren mussten. Die Politische Wissenschaft hat sich durchgesetzt, so schwer ihr Anfang vor 60 Jahren auch war, sie wird gebraucht, aber wissen alle ihre Fachvertreter, wozu sie gebraucht werden?

Als Ralf Rothmann vor ein paar Tagen in Weimar den diesjährigen Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung entgegennahm, meinte er in seiner Dankesrede: „... mit der Depression, die zur Volkskrankheit zu werden scheint, geht auch eine Gleichgültigkeit gegenüber der Freiheit einher, eine deutsche Lust an ihrem Gegenteil, und das ist die Stunde der Rattenfänger. Denn was wir zurzeit erleben ... klingt verdächtig nach einer Ouvertüre der Unfreiheit.“ Ein Staat in einer gefährdeten Situation sind wir in der Tat nicht. Aber Haarrisse sind nicht zu übersehen: die dramatisch sinkende Wahlbeteiligung, das Erstarken radikaler Bewegungen, die sinkende Zustimmung zu den Volksparteien, die Aufsplitterung der Parteienlandschaft, die wachsende Kritik an Politikern und Politikern, aufkommende Zweifel an unserer demokratischen Ordnung – um nur Beispiele zu nennen. Die Politische Wissenschaft sollte diese Zeichen erkennen.

Zu welchem Ende studiert man Politische Wissenschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts?

Die neuen Fragen, die sich unsere Wissenschaft vor allem im Kontext der Europäisierung und der Globalisierung stellen, sind so zahlreich, dass es vermessen wäre, sie auch nur ansatzweise umreißen zu wollen. So wichtig es ist, neue Forschungsfelder zu erschließen und sich den neuen Herausforderungen zu stellen, so wichtig ist es, die Gründungsimpulse des Faches auch heute sehr ernst zu nehmen. Was erreicht ist, kann wieder verloren gehen.

Die konkrete Nutzenanwendung der Politischen Wissenschaft leistet zweifellos einen wichtigen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie, und sie verbessert – nicht nur nebenbei – die Berufschancen der Absolventen. Nur stützt sich die Politikberatung bislang zu sehr auf empirisch-analytische, ja bisweilen mechanistische

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Heidelberg

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

30. Mai 2008

www.kas.de

Überlegungen – Governance ist das Stichwort. Eine „ethische Politikberatung“ erscheint mir ebenso notwendig.

Es mangelt uns nicht an Kommissionen, Positionspapieren und Aktionsprogrammen. Was fehlt, ist – um ein letztes Mal Schillers Jenaer Rede zu zitieren – die Fähigkeit, die die einzelnen „Bruchstücke ... verkettet“ und „das Aggregat zum System, zu einem vernunftmäßig zusammenhängenden Ganzen“ erhebt. Die Legitimität unserer demokratischen Institutionen, Sinn und Ziel politischen Handelns werden sich anders nicht ausreichend begründen lassen.

Ernst Fraenkel, Vater der Väter der Politischen Wissenschaft in Deutschland, der zum Amerikaner gewordene deutsche Jude, der nie wieder nach Deutschland zurückkehren wollte und sich nach Ende des Krieges nach Korea schicken ließ und dann doch wieder nach Deutschland zurückkehrte, hat das wechselseitige Verhältnis, in dem Politische Wissenschaft und pluralistische Demokratie zueinander stehen, auf die klassische Formel gebracht: „Eine funktionierende Demokratie erfordert, dass der Prozess der Gestaltung politischer Entscheidungen öffentlich kontrolliert wird. Kontrolle der Regierung durch öffentliche Meinung setzt eine systematische Analyse der einzelnen Phasen des Prozesses der politischen Entscheidung voraus. Die methodische und wissenschaftlich betriebene Erforschung dieses Prozesses, die Schulung zum Verständnis der Bestimmungsgründe und Auswirkungen politischer Entscheidungen, das heißt aber, die Wissenschaft von der Politik ist in einer funktionierenden Demokratie ebenso unentbehrlich, wie sie außerhalb eines demokratischen Herrschaftssystems erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht ist. Die Wissenschaft von der Politik ist die demokratische Wissenschaft par excellence.“ Mit anderen Worten: Politische Wissenschaft setzt Freiheit voraus. Politische Wissenschaft sichert Freiheit.

Deswegen ist meine Antwort auf die Frage „Zu welchem Ende studiert man Politische Wissenschaft?": Weil wir Menschen brauchen, die die freiheitliche Ordnung mit Leben füllen und die ihre Kenntnisse, ihre kri-

tische, aber auch phantasievolle Vernunft einsetzen, um unsere Demokratie zukunftsfähig zu machen.

Unsere Disziplin muss helfen, die Gegenwartsfixierung zu durchbrechen, muss auf Vorrat denken, „Vorauswissen ist Macht“ (Robert Jungk), muss politischen Entscheidungsträgern als „Frühwarnsystem“ dienen und so eine langfristige politische Steuerung ermöglichen.

Wenn es der Politischen Wissenschaft gelingt, Zukunftsperspektiven zu vermitteln und geistige Blockaden aufzubrechen, wenn sie bei aller notwendigen und selbstverständlichen Pflege von Wissenschaftlichkeit und Empirie auch Orientierung gibt, wenn sie die Bereitschaft weckt, sich mit den Grundfragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens auseinander zu setzen und Politik von den historischen und geistigen Wurzeln her zu begründen, wenn sie dazu beiträgt, unsere Grundüberzeugungen zu erneuern und Identität zu schaffen – vor allem auch mit unseren demokratischen Institutionen, wenn sie hilft, Verantwortung zu übernehmen und ideologische Irrungen abzuwehren, wenn sie politische Kurzatmigkeit zu überwinden hilft und kritische Distanz zum Zeitgeist und zu den Mächtigen wahrt, wenn sie eine tragfähige geistige Grundlage bietet, um Verunsicherung und pessimistische Resignation zu überwinden, wenn sie hilft, Ziele zu setzen, wenn sie zum Handeln motiviert und dem beträchtlichen Vertrauensverlust in die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit von Politik entgegenwirkt, dann wird sie Zukunft haben. Erst recht hier in Heidelberg.
